

Entsprechenserklärung 2021

Vorstand und Aufsichtsrat der Portigon AG erklären für das Geschäftsjahr 2021, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Nordrhein-Westfalen mit folgenden Abweichungen entsprochen wurde:

- In **Ziffer 3.1.2 PCGK** empfiehlt der Kodex, dass eine vom Überwachungsorgan zu genehmigende Geschäftsordnung die Geschäftsverteilung und die Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung regeln soll. Zur Gewährleistung einer möglichst hohen Flexibilität sieht die Portigon AG – insbesondere da der Vorstand seit dem 20. August 2020 lediglich aus zwei Personen besteht – von einer Fixierung der Geschäftsverteilung der Vorstandsmitglieder in der Geschäftsordnung für den Vorstand ab. Die Ressortzuständigkeiten der beiden Vorstandsmitglieder sind in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt.
- Gemäß **Ziffer 3.3.4 PCGK** soll die Geschäftsleitung insbesondere bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen auf Vielfalt (Diversity) achten und eine angemessene Berücksichtigung Angehöriger beider Geschlechter anstreben. Vor dem Hintergrund der besonderen Situation der Portigon AG, die durch einen konsequenten Rückbau des Unternehmens und die letztlich geplante Errichtung einer personallosen Gesellschaft definiert ist, ist eine gezielte Besetzung von Führungsfunktionen, wie im PCGK vorgesehen, praktisch nicht umsetzbar. In den zurückliegenden Jahren sind viele Führungspositionen weggefallen und wurden nicht wieder neu besetzt.
- Der Public Corporate Governance Kodex sieht in **Ziffer 3.4.2 Absatz 4** vor, dass bei Abschluss von Anstellungsverträgen darauf geachtet werden soll, dass Zahlungen an ein Mitglied der Geschäftsleitung bei vorzeitiger Beendigung der Tätigkeit als Geschäftsleitungsmitglied ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags vergüten. In den älteren Vorstandsverträgen der Portigon AG war ein diesbezüglicher Abfindungs-Cap nicht vorgesehen, neu gefasste Verträge berücksichtigen diese Vorgabe.
- In **Ziffer 3.4.3 Absatz 2 PCGK** heißt es für den Fall, dass das Überwachungsorgan das Vergütungssystem für die Geschäftsleitung oder die wesentlichen Vertragselemente festlegt, so soll das vorsitzende Mitglied des Überwachungsorgans die Anteilseignerversammlung über die Struktur des Vergütungssystems für die Geschäftsleitung bzw. die wesentlichen Vertragselemente und über etwaige Veränderungen informieren. Eine diesbezügliche Unterrichtung der Hauptversammlung der Portigon AG findet nicht statt, da im Vorfeld von Beschlussfassungen über Änderungen des Vergütungssystems ein enger Informationsaustausch mit den Eigentümern erfolgt.
- Der Empfehlung gemäß **Ziffer 4.4.2 Absatz 1 PCGK**, nach der in Abhängigkeit von der Anzahl seiner Mitglieder und von den spezifischen wirtschaftlichen Gegebenheiten des Unternehmens das Überwachungsorgan insbesondere einen Prüfungsausschuss einrichten soll, wird seit dem Geschäftsjahr 2016 nicht mehr gefolgt. In Anbetracht des bereits weit vorangeschrittenen Rückbaus der Portigon AG sowie des Umstands, dass der Aufsichtsrat lediglich sechs Mitglieder umfasst, verzichtete der Aufsichtsrat auch im Jahr 2021 weiterhin auf die Bildung von Ausschüssen. Die Aufgaben eines Prüfungsausschusses werden vom Aufsichtsratsplenum selbst wahrgenommen.
- **Ziffer 4.8.2 Absatz 3 PCGK** schlägt vor, dass eine D&O-Versicherung nur mit Zustimmung der Anteilseignerversammlung abgeschlossen werden soll. Eine Zustimmung zum Abschluss einer D&O-Versicherung erfolgt in der Portigon AG nach vorherigem Informationsaustausch auf Eigentümerebene regelmäßig durch den Aufsichtsrat.

- **Ziffer 6.2.6 PCGK** sieht vor, dass ein Wechsel der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers erfolgen soll, wenn diese oder dieser bei einem Unternehmen fünf aufeinanderfolgende Jahresabschlüsse geprüft hat, sofern nicht Gründe für einen früheren Wechsel vorliegen. Ausgewechselt werden sollte dabei nicht nur die oder der den Abschluss testierende Wirtschaftsprüferin oder Wirtschaftsprüfer, sondern das gesamte Wirtschaftsprüfungsunternehmen. Zum Zeitpunkt des Ausschreibungsverfahrens für die Abschlussprüfung war die Portigon AG ein sogenanntes CRR-Kreditinstitut i. S. d. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG und hatte daher als ein Unternehmen von öffentlichem Interesse (sogenannte Public Interest Entities, PIE) insbesondere die Regelungen der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 (kurz „EU-AprVO“, vgl. Art. 2 Abs.1 b) EU-AprVO) und des Abschlussprüfungsreformgesetzes (AReG) zu beachten. Aufgrund der Übergangsregelung des Art. 41 Abs. 2 EU-VO war der bisherige Abschlussprüfer nicht vom Auswahlverfahren zur Vergabe der Jahresabschlussprüfungen auszuschließen. Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichsten Angebots des Ausschreibungsverfahrens erfolgte bislang kein Wechsel des gegenwärtigen Abschlussprüfers.

Die Entsprechenserklärung ist abrufbar unter [www.portigon-ag.de/Unternehmensinformationen/Corporate Governance](http://www.portigon-ag.de/Unternehmensinformationen/Corporate%20Governance).